

NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE
ÖFFENTLICHE SITZUNG DES TECHNISCHEN AUSSCHUSSES
VOM DONNERSTAG, DEN 20.05.99

Sämtliche Ausschußmitglieder waren ordnungsgemäß geladen.

Anwesend waren 3. Bgm. Ried, StRin Gruber (für StR Schuder), StRin Luther (für StR Lachner) und StRin Platzer sowie die Stadträte Abinger, Berberich, Mühlfenzl und Spötzl.

Entschuldigt fehlten 2. Bgm. Anhalt und die Stadträte Lachner, Ostermaier, Riedl und Schuder.

Als Zuhörer nahmen StRin Seidinger und die Stadträte August, Krug und Heilbrunner an der Sitzung teil.

Herr Billinger (Planungsbüro Billiger) nahm beratend an der Sitzung teil.

Sitzungsleiter: 1 Bgm. Brilmayer
Schriftführer: Prigo

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Lfd.-Nr. 1

Neue innerstädtische Verkehrsführung;

- a) Sachstandsbericht
 - b) Behandlung der Vorschläge und Einsprüche
-

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer erläuterte, daß seit Inbetriebnahme der neuen Verkehrsführung (Einbahnregelung) am 12. April 99 fünf Wochen vergangen sind und daß der Versuch bisher von den Behörden und von den meisten Bürgern sehr positiv gesehen wird. In dieser Sitzung soll eine erste Bilanz über die neue Verkehrsführung gezogen werden. Deshalb erfolgt nach der Wertung der Ergebnisse eine Gliederung der Maßnahmen in Planungsphasen.

Wertung der Erprobung:

Kfz.-Verkehr:

Der Zweirichtungsverkehr in der Eberhardstraße läuft gut. An der Amtsgerichtskreuzung wurden nach Ausschaltung der Ampel am 20.04.99 keine kilometerlangen Staus mehr beobachtet. Kleinere Stauungen an dieser Kreuzung gibt es nur zur Hauptverkehrszeit morgens an der Einmündung der Rosenheimer Straße. Weitere Staus entstehen manchmal abends zur Hauptverkehrszeit in der Dr.-Wintrich-Straße, wenn die Fußgängerdruckknopfampeln in kurzen Abständen gedrückt werden. In der Eichthalstraße entsteht zur Hauptverkehrszeit ein Stau, da viele Pkws diese Straße als Abkürzungsstrecke nehmen. Auf den anderen Straßen im Einbahnstraßenring gibt es keine Staus.

Münchener Straße / Gärtnerestraße zeigen keine Verkehrsbehinderungen. Das Linksabbiegen in die Gärtnerestraße und das Linksabbiegen aus der Gärtnerestraße in die Münchener Straße wird von manchen als gefährlich bezeichnet. Unfälle an dieser Stelle gab es bisher keine.

Fußgängerverkehr:

Auf manchen Straßen, auf denen es keine Fußgängerdruckknopfampeln gibt, ist es durch den flüssigen Einrichtungsverkehr schwieriger für Fußgänger geworden, die Fahrbahn zu überqueren. Besonders aufmerksam gemacht wird auf diejenigen Abschnitte, wo durch zweispurigen Kfz.-Verkehr deutliche Beschleunigungen der Kfz zu beobachten sind. Östlich des Rathauses ist das Queren der Fahrbahn jetzt ohne Gefahren möglich.

Zum Schutz der Fußgänger in der Dr.-Wintrich-Straße /Höhe Bahnhof wurde die Fußgängerdruckknopfampel am 20.04.99 wieder in Betrieb genommen. Da die kreuzungsregelnde Ampel an der Amtsgerichtskreuzung voraussichtlich nicht mehr in Betrieb gehen wird und ohne Ampel das Queren an der Rosenheimer Straße für Fußgänger sehr schwierig ist, wurde am 10.05.99 vom Straßenbauamt München eine Lichtzeichenanlage für Fußgängern nördlich der Unterführung aufgestellt und einen Tag später in Betrieb genommen.

Um den Fußgänger das Überqueren der Heinrich-Vogl-Straße zu erleichtern, wurde die Heinrich-Vogl-Straße ab Höhe Hs.Nr. 5 bis zur Einfahrt Valentingasse mit Hilfe von Leitelementen auf 4,50 m verschmälert.

Fahrradverkehr:

In gleicher Weise wird eine Verschlechterung der Verkehrssicherheit für den Fahrradverkehr durch schnelleren Kfz-Verkehr kritisiert. Beim Radverkehr kommen noch die Erschwernisse und Umwege durch den Einrichtungsverkehr hinzu.

Anlieger:

Für die Anlieger der Straßen im Einbahnstraßenring gibt es teilweise höhere und teilweise geringere Belastungen. Ärgerlich werden die höheren Belastungen dort gewertet, wo sie durch eine Beschleunigung des Kfz-Verkehrs verursacht oder damit verbunden sind.

Geschäftswert:

Eine Verschlechterung der geschäftlichen Standortgunst ist in erster Linie für die Gärtnereien an der Münchener Straße gegeben. Daneben werden positive und negative Wertungen genannt.

Unfälle:

Bis dato 9 Unfälle, davon war ein Unfall mit Personenschaden.

Bürgermeister Brilmayer wies darauf hin, daß die Einbahnstraßenregelung dazu beigetragen habe, den Autoverkehr zu verflüssigen und einige Gefahrenstellen, wie z.B. die nördliche Rathausgasse usw., zu beseitigen. Nun müsse man überlegen, wie man den flüssigen, zweispurigen Einrichtungsverkehr wieder verlangsamt. Denn unsere Stadt dürfe nicht als Überholspur dienen, wo Ungeduldige die Gelegenheit bekämen, mal eben einen Laster zu schnupfen.

Er erklärte weiter, daß heute vom Ausschuß keine Entscheidung darüber getroffen werden soll, ob die neue Verkehrsführung beibehalten wird oder nicht. Diese Entscheidung muß vor der Sommerpause der Stadtrat treffen. Er meinte aber, daß die neue Verkehrsführung wohl beibehalten werde.

Die Aufgabe des Ausschusses besteht heute u.a. darin sich zu überlegen, wo und durch welche Maßnahmen, z.B. Aufhebung des Halteverbots in manchen Bereichen oder durch Leitelemente (siehe Heinrich-Vogl-Straße), man die Zweispurigkeit noch weiter zurücknehmen kann. Eine weitere Aufgabe des Ausschusses ist es zu überlegen, durch welche Maßnahmen man den Fußgängern und Radfahrern helfen kann. Die Maßnahmen müssen mit den Behörden nach den Pfingstferien besprochen werden, denn für jede Maßnahme benötigen wir die Zustimmung des Straßenbauamtes München und danach müssen diese vom Landratsamt Ebersberg angeordnet werden. Im Rahmen dieses Gespräches muß auch besprochen werden, wer nach Feststellung, daß der Versuch

gelungen ist, die laufenden Kosten trägt bzw. wie nach Ende der Probephase die endgültige Umsetzung (weiße Markierungen, Umbauten) aussehen soll und wer hierfür die Kosten trägt.

Zum Thema „Geschwindigkeiten im Einbahnstraßenring“ verwies er auf den nachfolgenden Beitrag:

Die Verwaltung erklärte, daß aus Kreisen der Bevölkerung immer wieder über zu hohe Geschwindigkeiten im Einbahnstraßenring geklagt wurde.

Am 20.04.99 und 22.04.99 wurden deshalb von der Polizei im Beisein der Stadt und des Landratsamtes Messungen mit der Radarpistole vorgenommen. Erfasst wurden ca. 150 Fahrzeuge. Die Messungen hatten folgendes Ergebnis:

Bahnhofstraße auf Höhe Scharnagl:

Geschwindigkeiten zwischen 35 und 50 km/h. Die höchste gemessene Geschwindigkeit betrug 58 km/h.

Heinrich-Vogl-Straße auf Höhe Freundl:

Kein Verkehrsteilnehmer fuhr über 40 km/h.

Münchener Straße auf Höhe Gärtnerei Weber S.:

Die meisten Kraftfahrer fuhren mit Geschwindigkeiten zwischen 40 und 50 km/h. Die höchste gemessene Geschwindigkeit betrug 62 km/h.

Dr.-Wintrich-Straße auf Höhe Bahnhof:

Kein Verkehrsteilnehmer fuhr schneller als 50 km/h.

Am 12.05.99 wurde von der Stadt gemessen. Die Messungen hatten folgendes Ergebnis:

Bahnhofstraße kurz nach dem Amtsgericht:

Gemessen wurde von 11.00 Uhr bis 12.45 Uhr. Erfasst wurden 1450 Fahrzeuge.

Der überwiegende Teil der Kraftfahrer fuhr zwischen 35 und 50 km/h. Ganz wenige zwischen 50 und 58 km/h. Die höchste gemessene Geschwindigkeit betrug 58 km/h.

Münchener Straße auf Höhe Einfahrt Schwedenanger/Ampel:

Gemessen wurde von 13.00 bis 14.00 Uhr. Erfasst wurden 536 Fahrzeuge. Der überwiegende Teil der Fahrzeuge fuhr zwischen 40 und 50 km/h. Die höchste gemessene Geschwindigkeit betrug 63 km/h.

Bürgermeister Brilmayer meinte dazu, daß es wohl richtig ist, daß schneller gefahren wird als früher. Das liegt zum einen am flüssigen, zweispurigen Verkehr und zum anderen am Überholen. Das bedeutet aber nicht, daß zu schnell gefahren wird. Die nächste Messung erfolgt am 07.06.99 abends.

Die Mehrzahl der Mitglieder des Ausschusses waren der Ansicht, daß die neue Verkehrsführung im großen und ganzen positiv beurteilt werden könne, jedoch müsse man an manchen Stellen die Zweispurigkeit des Verkehrs etwas einschränken. Des weiteren müsse man Verbesserungsmaßnahmen für die Fußgänger und Radfahrer so schnell wie möglich umsetzen.

Stadtrat Berberich teilte die positive Meinung, auf die der Verkehrsversuch im Ausschuß stieß, nicht. Er erklärte, daß die schwächeren Verkehrsteilnehmer (ältere Menschen, Behinderte, Kinder usw.) durch die neue Verkehrsführung in ihrem im Grundgesetz verankerten Recht auf körperliche Unversehrtheit verletzt würden. Nach Abschluß seines Vortrages stellte er den Antrag, daß ein Gutachten erarbeitet werden müsse, aus dem hervorgeht mit welchen Maßnahmen man die Position der schwächeren Verkehrsteilnehmer gegenüber der neuen Verkehrsführung stärken könne.

Die Verwaltung berichtete, daß sich immer wieder Anlieger aus der Semptstraße (Anliegerstraße) darüber beschwerten, daß der Durchgangsverkehr in ihrer Straße zugenommen habe und die Kfz.-Führer sehr schnell durchfahren und dadurch die Fußgänger erheblich gefährdet werden.

Von der Verwaltung wird festgestellt, daß der Durchgangsverkehr in der Semptstraße jeden Tag weniger wird, da sich die Kfz.-Führer langsam an die neue Verkehrsführung im Bereich des Rathaus gewöhnen.

Die von der Verwaltung am 04.05.99 durchgeführte Geschwindigkeitsmessung hat ergeben, daß die Autofahrer die vorgeschriebene Geschwindigkeit von 30 km/h nicht überschreiten.

Aus der Mitte des Technischen Ausschuß wurde berichtet, daß der Schwerlastverkehr in der Wildermuthstraße zugenommen habe.

Stadtrat Mühlfenzl stellte den Antrag in den nächsten Wochen eine Verkehrszählung durchzuführen, denn nur so wisse man genau, wieviel Verkehr auf den Straßen im Einbahnstraßenring und wieviel Verkehr beispielsweise auf der Wildermuthstraße fährt. Um die Werte der Verkehrszählung vom 25.09.97 mit der neuen Verkehrszählung vergleichen zu können, ist zur selben Uhrzeit zu zählen wie letztes Mal.

Beratungsergebnisse:

Eberhardstraße

Die Mitglieder des Technischen Ausschusses waren sich einig, daß es notwendig ist auf Höhe Schug /Apotheke einen Zebrastreifen mit Blinklicht anzulegen.

Herr Billinger meinte hierzu, daß das während der Vorbereitung des Verkehrsversuchs durch das Landratsamt zurückgestellte Genehmigungsverfahren für den Zebrastreifen nun vordringlich vorangebracht werden sollte. Mit einem Zebrastreifen wird auch dem Anliegen der Bürger Rechnung getragen, im inneren Teil der Eberhardstraße 30 km/h anzuordnen.

Die Errichtung von Parkplätzen auf dem Vorplatz vor dem Geschäft Schug und die Errichtung einer Fußgängerampel auf Höhe Schug/Apotheke wird als ungeeignet abgelehnt.

Heinrich-Vogl-Straße, von Eberhardstraße bis Eichthalstraße

Bürgermeister Brilmayer erklärte, daß sich die provisorische Verschmälerung der Fahrbahn mit räumlicher Verbreiterung des östlichen Gehweges und Verhinderung des Überholens vor allem für die Fußgänger bewährt hat. Sie bringt einen Beitrag zur geforderten Erleichterung der Fahrbahnquerung für Fußgänger. Der von den Geschäften und Behörden in dieser Straße geforderte Fußgängerüberweg im Bereich der Heinrich-Vogl-Straße wird vorerst zurückgestellt.

Herr Billinger erklärte, daß der endgültige Umbau des nördlichen Teils der Heinrich-Vogl-Straße ähnlich dringlich ist wie der Umbau des Marienplatzes. Dabei soll auf der Ostseite eine zum Marienplatz führende Radverbindung hergestellt werden, nach Möglichkeit auch für die Fahrtrichtung aufwärts nutzbar.

Heinrich-Vogl-Straße, von Eichthalstraße bis Ulrichstraße

Bürgermeister Brilmayer wies darauf hin, daß auf der Südseite der Heinrich-Vogl-Straße ab Höhe Metzgerei Maisch bis zur Gärtnerei Weber seit 19.05.99 das Parken erlaubt ist. Damit dies besser angenommen wird und auch nachts eine Einspurigkeit erreicht wird, sollten Pflanztröge einen Parkstreifen gliedern.

Für den endgültigen Umbau ist auf der Nordseite ein durchgängiger Gehweg vorzusehen. Die Radfahrer sollen nach dem endgültigen Umbau die Heinrich-Vogl-Straße in beiden Richtung befahren können.

Münchener Straße

Die Parkerlaubnis auf der Südseite der Heinrich-Vogl-Straße und ihre Gliederung durch Pflanztröge soll sich in der Münchener Straße fortsetzen.

Herr Billinger war der Auffassung, daß die Parkerlaubnis bis etwa 30 m vor den Abzweig Gärtnerestraße reichen kann, ohne an den Linksabbiegeverkehr zu behindern.

Die Radfahrer sollen nach dem endgültigen Umbau die Münchener Straße in beiden Richtung befahren können.

Der Technische Ausschuß war sich einig, daß ein Antrag von Bürgern Gegenverkehr bis zur Gärtnererei Weber S. zuzulassen, aus Sicherheitsgründen abgelehnt wird.

Knotenpunkt Münchener Straße / Gärtnerestraße

Im Zuge der Münchener Straße soll für Fußgänger das Queren der Fahrbahn der Gärtnerestraße erleichtert werden. Vom Büro Billinger wird derzeit ein Vorschlag erarbeitet.

Aus der Mitte des Technischen Ausschusses wurde auf die für manche Verkehrsteilnehmer „unklare Verkehrsführung /Markierung“ an der Einmündung Gärtnererei-/Münchener Straße hingewiesen. Von der Verwaltung wurde eine Überprüfung gemeinsam mit den anderen Behörden zugesagt.

Die Mitglieder des Technischen Ausschusses waren sich einig, daß von Herrn Billinger geprüft werden soll, ob an der Einmündung Gärtnererei-/ Münchener Str. das Anlegen eines Minikreisels geeignet ist.

Dr.-Winrich-Straße

Die Verwaltung berichtete, daß von Bürgern gewünscht wird, daß der Gegenverkehr in der Dr.-Winrich-Straße ab Höhe Eichthalstraße in Richtung Westen wieder zugelassen wird, da in der Dr.-Winrich-Straße zu schnell gefahren wird und die Linksabbieger aus der Eichthalstraße es dadurch leichter hätten in die Dr.-Winrich-Straße einzufahren. Des weiteren wurde die Aufstellung einer Vorampel auf Höhe Bäckerei Beham bzw. vor der Einmündung Eichthalstraße gewünscht.

Die Verwaltung erklärte hierzu, daß die von der Stadt und der Polizei durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen ergeben haben, daß keiner der Kfz.Führer schneller als die erlaubten 50 km/h fährt. Des weiteren würden sich in der Eichthalstraße weniger Staus bilden, wenn die Verkehrsteilnehmer mehr die linke Spur benutzen würden. Auch würde man sich dann den ganzen Bundesstraßenverkehr auf die Eichthalstraße holen.

Nach eingehender Beratung war sich der Technische Ausschuß einig, daß der Gegenverkehr ab Höhe Eichthalstraße in Richtung Westen nicht zugelassen wird und daß auf Höhe Beham bzw. an der Ecke Dr.-Winrich-Straße/Eichthalstraße keine Vorampel aufgestellt wird.

Der Ausschuß war sich einig, daß es vernünftiger ist, zwischen der westlichen Einmündung des P+R-Platzes in der Dr.-Winrich-Straße und der Eichthalstraße nordseitig die Parkerlaubnis auf die ganze Länge auszudehnen und mit Blumenträgen zu gliedern. So eröffnet sich für die Linkseinbieger der Eichthalstraße in die Dr.-Winrich-Straße eine eigene Fahrspur. Der Rückstau in die Eichthalstraße wird sich dadurch verringern.

Amtsgerichtskreuzung

Die Fußgängerdruckknopfampel über die Rosenheimer Straße ist zweckmäßig.

Unbefriedigend ist noch die Fußgängerquerung über die Dr.-Winrich-Straße und über die Bahnhofstraße. Im Rahmen der Weiterentwicklung des Provisoriums ist eine Verbesserung dadurch vorgesehen, daß die große provisorische Insel für Durchgänge geöffnet und die

westliche Inselspitze um etwa 2 m verlängert wird. Von der Verwaltung wird darauf geachtet, daß der Verkehr trotzdem noch fließen kann. Die Fußgänger erhalten somit die Möglichkeit, jeweils nur eine Fahrspur kreuzen zu müssen.

Der skizzenhaft aufgezeigte Minikreisel bei der Einmündung der Rosenheimer Straße wird als möglicher Beitrag dafür gesehen, die Stauungen in der Rosenheimer Straße zu verringern. Außerdem ist er geeignet, die Fußgängerquerungen durch Zebrastreifen günstig zu regeln. Vom Straßenbauamt München wurde der Minikreisel abgelehnt. Mit Hinweis auf die derzeit laufende Erprobung eines Minikreisels in Gunzenhausen wird das Weiterverfolgen der Planung zurückgestellt.

Bahnhofstraße

Der Technische Ausschuß hat abgewogen zwischen:

- einer zusätzlichen westlichen Parkierungsmöglichkeit in der Bahnhofstraße vom Klosterbauhof bis auf Höhe Scharnagl (Fahrbahnbreite 8 m) und
- der Möglichkeit des Anlegens eines Radweges in der Bahnhofstraße.

Der Technische Ausschuß war sich einig, daß die Anlegung eines Radweges wichtiger ist als noch mehr Parkraum zu schaffen. Der Radweg soll noch während der Versuchsphase mit einfachen Mitteln hergestellt werden. Anzustreben ist ein Zweirichtungsradweg zwischen Marienplatz und Amtsgerichtskreuzung. Ein Plan hierzu wird vom Büro Billinger derzeit erarbeitet.

Zu verbessern ist die Fahrbahnquerung für die Fußgänger. Die mit dem Radweg erreichte Einspurigkeit der Fahrbahn wird dies auf die ganze Länge erreichen. Eine weitere Querungsmöglichkeit soll dadurch geschaffen werden, in dem die Vorampel entfernt und dafür auf Höhe des Anwesens Bahnhofstraße 4 / 11 eine Fußgängerampel aufgestellt wird. Die Fußgängerampel soll mit der am Marienplatzes koordiniert geschaltet werden.

Die Verwaltung berichtete, daß ein Bürger die Markierung in der Bahnhofstraße und am Marienplatz (Pfeile, Sperrfläche, Busbucht) für überflüssig hält. Seines Erachtens sollte der Verkehr zweisepurig bis zum Rathaus geführt werden, denn die Engstelle am Rathaus stelle für Pkw kein Problem da.

Die Verwaltung erklärte, daß die Markierungen in der Bahnhofstraße und am Marienplatz bleiben müssen, denn nur so ist gewährleistet, daß der Verkehr schon auf der linken Seite ist und somit ohne Gerangel in die südliche Rathausgasse einfährt. Die Verwaltung ist der Auffassung, daß die Markierungen aus Sicherheitsgründen unbedingt bleiben müssen und daß es auch nicht notwendig ist, zweisepurig bis zum Rathaus zu fahren.

Der Ausschuß war sich einig, daß die Markierungen in Bahnhofstraße und am Marienplatz bleiben sollen und daß es nicht notwendig ist zweisepurig bis zum Rathaus zu fahren.

Marienplatz

Vom Ausschuß konnte kein Sinn darin gesehen werden, daß alle Fußgängerampeln nachts abgeschaltet werden. Sie waren der Auffassung, daß alle Fußgängerampeln durchgängig aktiv gehalten werden sollten.

Auf der Ostseite des Rathauses ist ein eingeschränktes Halteverbot aufzustellen, damit das chaotische Parken aufhört.

Die Beschilderung der nördlichen Rathausgasse ist so zu ändern, daß die Durchfahrt für Radfahrer wieder erlaubt wird.

Sonstiges:

Die Verwaltung wird beauftragt über eine vernünftige Parkplatzbeschilderung nachzudenken.

Der Ausschuß lehnte den Antrag eines Bürgers ab, die Eichthalstraße zur Einbahnstraße zu machen.

Herr Billinger wird beauftragt ein Konzept für den Fahrradverkehr zu erstellen. Es sollte die folgenden Elemente umfassen:

- Verbesserung der Radverbindung ab Höhe Kolpingstraße bis Bahnhof (verkehrsrechtlich /baulich / Querungen).
- Geh- und Radweg vom Bahnhof zum Marienplatz verbessern
- Planung für Radweg in der Bahnhofstraße zwischen Marienplatz und Amtsgerichtskreuzung erarbeiten.
- Vorschläge erarbeiten, wie für die Radfahrer das Benutzen der Fahrbahn im Zuge von Pleiningerstraße, Wildermuthstraße, Ulrichstraße, Eberhardstraße, kleine Rathausgasse bequemer und sicherer gestaltet werden kann.
- Vorgaben für die bauliche Umgestaltung von Heinrich-Vogl-Straße und Münchener Straße zur Aufnahme beider Radfahrtrichtungen definieren.

Zusammenfassung

A) Phase 1:

Die folgenden Maßnahmen sollen noch während der Versuchsphase umgesetzt und ausprobiert bzw. eine Genehmigung eingeholt werden:

1. Genehmigungsverfahren für den Zebrastreifen über die Eberhardstraße in Gang setzen
2. Gehweg der Westseite Eberhardstraße in den früheren Zustand bringen.
3. Parkierungserlaubnis in Heinrich-Vogl-Straße, Münchener Straße und Dr.-Wintrich-Straße noch etwas erweitern und mit Pflanztrögen gliedern (Genehmigung /Umsetzung während des Versuchs)
4. Idee für eine Fußgängerquerung über Gärtnerestraße im Zuge der Münchener Str. und Idee Minikreises für diese Kreuzung besprechen
5. Verbesserungen für Fußgängerquerung an der Amtsgerichtskreuzung durch Korrekturen an den Schwellen (Lt. Herrn Ziegler ist keine Zustimmung hierfür nötig)
6. Radweg Bahnhofstraße mit Leitschwellen herstellen (während Versuch erproben)
7. Vorampel der Fußgängerampel Marienplatz zu Fußgängerampel auf Höhe Kath. Kirche umbauen (Genehmigung)
8. Anordnen, daß Fußgängerdruckknopfampeln auch nachts laufen.
9. Eingeschränktes Halteverbot an der Ostseite des Rathauses anordnen.
10. Durchfahrt für Radfahrer an der nördlichen Rathausgasse erlauben.

B) Phase 2: endgültiger Umbau

1. weiße Markierungen (Kostenträger !!!)
1. Provisorien (Leitschwellen) durch ansehnliche Konstruktionen ersetzen
2. Umbauplanung erarbeiten
3. Parkleitsystem entwickeln

C) Sonstige Maßnahmen

1. Verkehrszählung durchführen
2. Radwegkonzept erarbeiten

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 22.00 Uhr

Ebersberg, den 01.06.99

W. Brilmayer
Sitzungsleiter

Prigo
Schriftführer